

Gegen „diskriminierende Werbung“ - falsches Lächeln verboten!

Die 19,5-Prozent-Partei SPD will 2016 zum „Jahr der Frauen“ machen. Das hat der Parteivorstand bereits im Januar beschlossen, nun zieht das Bundesjustizministerium von Herrn Maas mit einem Gesetzentwurf für das Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung nach. Klar, gegen Diskriminierung sind wir alle, aber wer entscheidet denn zukünftig, wann die Grenze zu Sexismus überschritten wird? Die Gender-Abteilung des Frauen-Ministeriums? Der Verfassungsschutz? Die SPD ist drauf und dran, die Grünen in Sachen Verbotswahn und Spießigkeit zu über- und ihre schlechtesten Wahlergebnisse zu untertreffen. Vom „Veggie Day“ bis zur „gendergerechten Sprache“ wollen rote und grüne Ideologen ein ganzes Volk umerziehen. Wohlgermerkt, es geht hier nicht um ein Verbot der Pornografie oder von sexueller Gewalt. Die Umerzieher wollen zum Beispiel die Farbe „rosa“ verbannen, weil sie das klassische Mädchenbild abschaffen soll. Aber alle kleinen Mädchen lieben Rosa. Und Millionen Teenager schauen Heidi Klum zu, wenn sie Deutschlands nächstes Top-Model ausbildet. Dies ist eine freie und weltoffene Gesellschaft. Wir brauchen keinen Staat und keine Politiker, die uns vorschreiben, wie wir zu leben haben. Gender ist eine menschenverachtende Ideologie, die in das Leben von uns allen eindringen soll. Ohne dass es jemals im Bundestag beschlossen wurde, wird die Umerziehung unseres Volkes auf allen Ebenen mit Millionen-Etats gefördert. Tausende Hauptamtliche beschäftigen sich in den öffentlichen Verwaltungen mit Unsinn wie dem „Binnen-I“, mit dem Verhunzen unserer Sprache und dem Nachzählen, ob Menschen 40 oder 4.000 Geschlechter haben. Eine Gesellschaft, die sich tagelang mit dem Streit der Herren Böhmermann und Erdogan beschäftigt, kann keine wirklichen Probleme haben. Aber eine Gesellschaft, die widerstandslos hinnimmt, dass sie von Vertretern einer unfassbar dummlichen Ideologie umerzogen wird, hat ein existenzielles Problem.

Im Berliner Bezirk Kreuzberg wurde „sexistische Werbung“ bereits im Jahr 2014 im öffentlichen Raum verboten. Die zuständige „Arbeitsgruppe gegen frauenfeindliche Werbung“ legte fest, was verboten ist. Ein „Körper darf nicht betont bekleidet sein“ und Frauen dürfen „nicht ohne Anlass lächelnd inszeniert sein“ lesen wir da. Ein Staat, in dem Politiker das Lächeln von Menschen reglementieren wollen, ist neben Kreuzberg höchstens noch Nord-Korea.